

Vertreibung und Landraub in Brasilien!

10.12.2017

Sofortiger Stopp von Sojaimporten aus Brasilien / Druck auf brasilianische Regierung ausüben!

Sehr geehrte Damen und Herren,

Professor Antonio Andrioli, Vizepräsident der Universidade Federal da Fronteira Sul war auf Einladung zahlreicher deutscher Organisationen 3 Wochen auf Rundreise in Europa, um auf die Lage der Kleinbauern in Brasilien nach dem Regierungsputsch aufmerksam zu machen und um schnellstmögliche Unterstützung und Gegenmaßnahmen zu bitten. Er sprach mit Ministerien, Parlamentariern, Menschenrechtsorganisationen und Verbänden.

Kaum wieder in Brasilien zurück, schickte er viele erschütternde Fotos und Videos als neuen Hilferuf:

Es brennt! **Zwei Zwangsräumungen am 1.12.17.** Eine Polizeibesetzung mit Räumung eines Zeltorfes in St. Catharina und ein Abriss eines ganzen Dorfes von seit über 20 Jahren angesiedelten landlosen Menschen in Paraná, die dort ihre Nahrung anbauen, bescheidene Häuser und eine kleine Kirche gebaut haben:

<https://www.youtube.com/watch?v=HFGG-vZI5U8&feature=youtu.be>

<https://youtu.be/LOjOfteBcow>

Antonio Andrioli berichtete am Telefon, dass nach dem Abriss der Gebäude unter Polizeischutz die Gärten und Felder der Menschen rücksichtslos mit Roundup (Glyphosat) besprüht wurden, sodass alle Pflanzen, Gemüse und Salate vernichtet wurden. Die komplette Nahrungsmittelversorgung dieser beiden Dörfer wurde totgespritzt. Die Flächen werden so vorbereitet für die Ausweitung der Sojafelder von Großgrundbesitzern. Die Menschen kampieren nun obdachlos am Straßenrand oder in einer Turnhalle und haben nichts mehr zu essen. (Weitere Informationen siehe ganz unten).

Auch von der Menschenrechtsorganisation **FIAN** kam heute bereits der zweite Brandbrief zu der Situation in Brasilien: *„Wir haben Angst zu verdursten“, „Pestizide sind im Trinkwasser.“ In den letzten Jahren haben sich immer mehr Agrarfirmer angesiedelt, die das Land auf Kosten der Bevölkerung mit riesigen Sojaplantagen überziehen. VertreterInnen der Gemeinden berichten von gewaltsamen Vertreibungen, Umweltschäden und versiegenden Wasserquellen, Zerstörung der Häuser und der Ernten der Kleinbauern, Hunger breitet sich aus. Europäische Pensionskassen investieren mit Fonds in die Plantagen der Großgrundbesitzer.*

Wir fordern Sie hiermit auf, sich für einen sofortigen Stopp der Menschenrechtsverletzungen durch einen umgehenden Soja-Importstopp nach Europa einzusetzen.

Die Bundesregierung hat die Pflicht, solche Menschenrechtsverletzungen zu verhindern – auch im Ausland. Deutschland ist ein Hauptimportland von Brasiliens Soja. Deshalb haben Europa und die Bundesregierung die nötigen Druckmittel dafür in der Hand. **Setzen Sie sich umgehend für wirtschaftliche Sanktionen gegenüber der brasilianischen Regierung ein und stoppen Sie illegale Landräumungen zugunsten von Großgrundbesitzern!**

Sowohl Deutschland als auch die Länder Europas haben den Internationalen Pakt für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte ratifiziert. Der UN-Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte hat die Regierungen aktuell aufgefordert, folgende Auflagen umzusetzen:

- Bei seiner Agrar-, Handels und Entwicklungshilfepolitik sowie der Unterstützung und bei Investitionen von Konzernen in Entwicklungshilfelandern die Menschenrechte ausreichend zu berücksichtigen.
- Die vollständige Respektierung der ratifizierten Menschenrechte gegenüber Konzernaktivitäten sicherzustellen.
- Den Zugang der Bauern zum alten wiederverwendbaren Saatgut zu schützen und Abhängigkeit von Konzernen zu beseitigen.
- Nahrungsmittelproduktion für den Eigenbedarf an oberste Stelle zu stellen und nicht für den Export.
- Sicherzustellen, dass Einwohner ihre für den Anbau von Gensoja geraubten Flächen zurückerhalten und entschädigt werden. Nahrungsproduktion statt Export nach Europa.
- Sicherzustellen, dass Einwohner auch weiterhin ihre traditionellen Anbaumethoden aufrechterhalten können und nicht von Pestiziden und Gensoja bedroht werden.
- Umgehender Stopp der Regenwaldabholzung für weitere Soja-Plantagen für den Export nach Europa

Auch nach den UN-Leitlinien für das Menschenrecht auf Nahrung ist die Nutzung von Agrogentechnik bzw. der Import von Gensoja und Genmais in Europa zu untersagen. Die Länder Europas haben - ebenso wie Brasilien - ratifiziert und sich damit zur Einhaltung dieser Auflagen verpflichtet!

Wir bitten Sie, diese Maßnahmen sofort **umzusetzen und uns zu informieren**, welche Schritte Sie unternommen haben, damit in Brasilien nicht weiterhin Kleinbauern, Landlose und Indigene zugunsten von Sojaplantagen für den Export in Obdachlosigkeit und Hunger getrieben werden!

Mit freundlichen Grüßen